ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Kohlepolitik - Kreditwesengesetz - Bauindustrie - EG-Stahlpolitik - Brasilien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Kohlepolitik - Kreditwesengesetz - Bauindustrie - EG-Stahlpolitik - Brasilien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 10, pp. 477-478

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135845

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Kohlepolitik

Signal für eine Umorientierung

Die nach dem zweiten Ölpreissprung von 1979 vorausgesagte „Renaissance" der Kohle hat bisher nicht stattgefunden; im Gegenteil, der deutsche Steinkohlenbergbau hat gegenwärtig wieder große Absatzsorgen. Auslöser der jüngsten Krise war die Flaute in der Stahlindustrie. Aber auch in der Elektrizitätswirtschaft, der letzten Stütze der Kohle, mehren sich die Anzeichen dafür, daß sich die Abnahmegarantien aus dem sogenannten Jahrhundertvertrag nicht einhalten lassen.

Die Kritik an den ergriffenen kostspieligen Schutzmaßnahmen zugunsten der Kohle wurde bisher immer mit dem Hinweis auf die höhere „Versorgungssicherheit" durch heimische Energien abgewehrt. Angesichts leerer Haushaltskassen sieht sich die Bundesregierung jetzt allerdings doch gezwungen, einer weiteren Erhöhung der „Sicherheitsprämie" in Form von öffentlichen Beihilfen den Riegel vorzuschieben. Dazu war es nötig, an ein altes Tabu zu rühren: Mit der Absichtserklärung, die Förderkapazitäten dauerhaft zu verringern, wurde das Signal für eine Umorientierung der Kohlepolitik gesetzt.

Noch ist ungewiß, welche Taten dieser Ankündigung folgen. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Mitfinanzierung von Feierschichten, die vor wenigen Wochen noch abgelehnt wurde, verschafft zwar eine Atempause, entscheidend werden aber die noch nicht beschlossenen Maßnahmen des angekündigten Sanierungsprogramms sein. Der bevorstehende Anpassungsprozeß, der zwangsläufig den Abbau einer erheblichen Zahl von Arbeitsplätzen in Regionen, die weitgehend ohne Beschäftigungsalternativen sind, bedeutet, erfordert die Lösung schwieriger sozialer Probleme. Er ist allerdings unumgänglich, seitdem immer deutlicher wird, daß die Absatzflaute der deutschen Kohle keine vorübergehende Erscheinung ist. ma

Kreditwesengesetz

Problematische Novelle

Die anstehende Neufassung des Kreditwesengesetzes ist nicht unproblematisch. Umstritten sind vor allem die Punkte, die sich mit der Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute befassen, weil dadurch die Kreditvergabemöglichkeiten beeinflußt werden. Von Gesetz wegen darf das Kreditvolumen nicht über das Achtzehnfache des Eigenkapitals hinausgehen. Bislang wurden jedoch die Euromarkttöchter von dieser Vorschrift nicht erfaßt – sie konnten auch ein höheres Kreditvolumen vergeben. Das soll sich nun ändern. Ab 1988 sollen auch Euromarktkredite in die – dann konsolidierten – Bilanzen der Mutterbanken mit einbezogen werden. Damit wird der Spielraum für die Kreditvergabe eingeengt, und das eine oder andere Institut wird sein Kreditvolumen abbauen müssen.

Diese Kreditbremse erscheint vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise nicht unbedenklich. Es ist geradezu paradox, wenn der IWF heute die Banken drängt, „frisches Geld" an die hochverschuldeten Entwicklungsländer auszuleihen, um einen Beitrag zur Gesundung der Finanzmärkte zu leisten, und die Banken gleichzeitig vom Gesetzgeber zu einem entgegengesetzten Verhalten gezwungen werden.

Ein Ausweg bestünde darin, das Eigenkapital zu erhöhen. Doch dies ist nicht so ohne weiteres möglich, vor allem nicht bei den Sparkassen, die darauf angewiesen sind, Gewinne zu thesaurieren, um Eigenkapital bilden zu können. Die Anerkennung eines Haftungszuschlages, also die Anrechnung der Gewährsträgerhaftung der öffentlichen Hand auf das Eigenkapital, wurde vom jüngsten Referentenentwurf zur KWG-Novelle verweigert. Hier greift die Kreditbremse besonders stark. Ob dies gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist, erscheint aber sehr fraglich. gm

Bauindustrie

Wenig beeindruckt

Das Bundeskartellamt hat wieder einmal Bußgelder, diesmal über insgesamt 5,4 Mill. DM, gegen Unternehmen der Bauindustrie verhängt, die – insbesondere bei öffentlichen Aufträgen – ihre Angebote untereinander abgesprochen hatten. Sogar Ausgleichszahlungen wurden dabei geleistet, mit denen Unternehmen einen Teil der ihnen zugeflossenen höheren Gewinne an diejenigen weitergaben, die verabredungsgemäß keine oder keine ernsthaften Angebote abgegeben hatten.

Die Industrie scheint sich von Bußgeldern jedoch wenig beeindrucken zu lassen: Die Prognos AG schätzt, daß 90 % der Bauaufträge von Preisabsprachen beeinflußt sind, und ein Gericht hat festgestellt, es sei „allgemein bekannt, daß in der Bauwirtschaft Preisabsprachen seit vielen Jahren üblich sind". Somit sind also in einem bedeutenden Industriezweig punktuelle Anbie-

terkartelle gang und gäbe. Nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen werden diese nur als Ordnungswidrigkeit geahndet. Die Bußgelder im aktuellen Fall sind zwar absolut gesehen hoch, bezogen auf das abgesprochene Auftragsvolumen von fast 2 Mrd. DM aber wohl nicht hoch genug, um die Unternehmen von neuerlichen Absprachen abzuhalten. Empfindlicher dürften die Unternehmen da schon die zu erwartenden Schadenersatzforderungen der Auftraggeber treffen. Bei einem Teil der öffentlichen Aufträge ist seit einigen Jahren schon in den Verträgen eine Art pauschalierte Konventionalstrafe für den Fall vorgesehen, daß im nachhinein Preisabsprachen festgestellt werden.

Der Verband der Bauindustrie verteidigt sogar noch das Verhalten seiner Mitglieder und begründet es mit den besonderen Marktverhältnissen im Baugewerbe. Sicherlich gibt es hier – wie letztlich überall – Besonderheiten. Die Wettbewerbsgesetzgebung steckt jedoch einen Teil des Ordnungsrahmens für die Wirtschaft ab. Und dieser muß für alle gelten, da sonst die Wirtschaftsordnung nicht die erwarteten Ergebnisse hervorbringt.

kra

EG-Stahlpolitik

Härtere Gangart

Die sich verschärfende Stahlkrise wird in der Europäischen Gemeinschaft durch ein immer dichter werdendes Geflecht von Produktions-, Preis- und Handelsüberwachungen nur „verwaltet". Mit Marktwirtschaft und Leistungsfähigkeit hat das Geschehen auf dem europäischen Stahlmarkt nur noch wenig zu tun. Die Bundesrepublik trifft hieran ein gerüttelt Maß an Schuld, weil sie sich nicht stark genug gegen die Subventionitis der anderen europäischen Länder und den aufkommenden Protektionismus stemmte. Insofern kommt ihr auch eine erhebliche Verantwortung für die Misere der eigenen Stahlindustrie zu.

Wenn die Bundesregierung jetzt eine härtere Gangart in der Stahlfrage einschlägt, dann nicht zuletzt unter dem wachsenden Druck der heimischen Produzenten und der um ihren Arbeitsplatz bangenden Stahlwerker. Ihre Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Genehmigungspraxis der Kommission von Stahlsubventionen für Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, den vorgesehenen vergleichsweise stärkeren deutschen Kapazitätsabbau und die ungleiche Anrechnung früherer Kapazitätsstillegungen dürfte erhebliche politische Kontroversen auslösen. Das gilt um so mehr, als im Gefolge dieses Prozesses das ganze Stahlkrisensystem auf den Prüfstand kommen wird.

Die Bundesregierung wird keinen leichten Stand haben. Zu hoffen ist, daß sie die richtigen Folgerungen zieht und ihr vitales Interesse an einer Offenhaltung der Märkte und einer Abwendung von Subventionen innerhalb der Gemeinschaft zukünftig mit größerer Entschlossenheit vertritt. Wichtig ist dabei, daß sie nach dem Muster der Briten und Franzosen ihren politischen Einfluß in Brüssel, wo ein wachsender Teil der nationalen Politiken entschieden wird, verstärkt.

kr

Brasilien

Ende der Verschuldungskrise?

Ende September wurde ein 11-Mrd.-Dollar-Kredit- und Umschuldungspaket zwischen Brasilien und seinen Gläubigern verkündet, das den Finanzierungsbedarf des Landes für 1983 und 1984 decken soll. Im Mai hatte der IWF die Auszahlung bereits zugesagter Darlehen gestoppt, da weder die brasilianische Regierung den an die Gelder geknüpften Auflagen nachgekommen war, noch die Gläubigerbanken die Ende Februar eingegangenen Kreditzusagen voll erfüllt hatten.

Infolgedessen konnte Brasilien mehrere Rückzahlungstermine für einen Überbrückungskredit der BIZ nicht einhalten. Ende August mußten die Schuldendienstzahlungen gegenüber den im Pariser Club zusammengeschlossenen westlichen Gläubigerstaaten eingestellt werden.

Die Ende September erzielte Einigung zwischen der brasilianischen Regierung, den Vertretern der Gläubiger und dem IWF läßt hoffen, daß die Beteiligten aus den Ereignissen des Sommers gelernt haben. Die Gläubigerstaaten scheinen die Notwendigkeit eines eigenen Beitrags zur Überwindung der Finanzkrise erkannt zu haben, und die Banken mußten einsehen, daß es keine IWF-Garantie für ihre Kredite gibt.

Inzwischen verhandelte der brasilianische Zentralbankpräsident jedoch erneut in Washington. Brasilien erhielt von den 60 wichtigsten Gläubigerbanken längere Laufzeiten und längere tilgungsfreie Perioden für die vereinbarten Kredite zugestanden. Ob die kleineren Gläubiger unter den Banken dies akzeptieren und die erforderlichen neuen Mittel bereitstellen werden, ist zumindest zweifelhaft – zumal sich bereits abzeichnet, daß das Land seine wirtschaftspolitischen Absichtserklärungen auch diesmal nicht einhalten kann. Gegenwärtig bleibt die Gefahr groß, daß die jüngst getroffenen Vereinbarungen noch schneller Makulatur werden als die vom Februar.

st